



Niederschrift 15. öffentliche/nichtöffentliche Sitzung des Ausschusses für Finanzen - Videokonferenz

Sitzungstermin:	Mittwoch, 21.04.2021
Sitzungsbeginn:	18:05 Uhr
Sitzungsende:	20:12 Uhr
Ort, Raum:	Raum 3.025, Stadthaus, Friedrich-Ebert-Straße 79/81

Anwesend sind:

Ausschussvorsitz

Herr Dr. Hagen Wegewitz SPD

Ausschussmitglieder

Frau Wiebke Bartelt	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Christian Kube	DIE aNDERE
Herr Tiemo Reimann	SPD
Herr Jens Dörschel	Bündnis 90/Die Grünen
Herr Michél Berlin	DIE LINKE
Frau Dr. Anja Günther	DIE LINKE
Herr Günter Anger	CDU
Herr Helmar Wobeto	AfD

sachkundige Einwohner

Herr Klaus-Peter Kaminski	DIE LINKE
Frau Dr. Ursula Schäfer-Preuss	SPD
Herr Robert Sperfeld	Bündnis 90/Die Grünen
Frau Ariane Wargowske	CDU

Beigeordnete

Herr Burkhard Exner Bürgermeister,
Geschäftsbereich 1

Vertreter der Beiräte

Herr Michael Mehlmann	Beirat für Menschen mit Behinderung
Frau Christel Pflug	Seniorenbeirat

Nicht anwesend sind:

zusätzliches Mitglied

Herr Wolfhard Kirsch Bürgerbündnis entschuldigt

Vertreter des zusätzlichen Mitgliedes

Frau Dr.med. Carmen Klockow Bürgerbündnis entschuldigt

sachkundige Einwohner

Herr Dr. Nicolas Bauer DIE aNDERE nicht anwesend
Herr Christian Rindfleisch Bürgerbündnis entschuldigt
Herr Horst Volker Zimmermann Freie Demokraten nicht anwesend

Schriftführer/in:

Herr David Gast

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung

- 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung /
Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des
öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.09.2020, 18.11.2020 und 13.01.2021 /
Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

- 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

- 3.1 Ankündigung einer BV: Jahresabschlussbeschleunigungsgesetz des Landes:
Anwendung auf die Jahresabschlüsse 2018 und 2019 der Landeshauptstadt
Potsdam

- 3.2 Rahmenbedingungen zur Haushaltsaufstellung 2022

- 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

- 4.1 Aufstockung der Bearbeitungskapazitäten für Bebauungspläne
Vorlage: 20/SVV/1282
Fraktion CDU

- 4.2 Prüfauftrag Gelbe Tonne PLUS (Wertstofftonne)
Vorlage: 21/SVV/0075
Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit

- 4.3 Finanzierungsvereinbarung zwischen LHP und ViP
Vorlage: 21/SVV/0080
Fraktion AfD

Niederschrift:

Öffentlicher Teil

zu 1 Eröffnung der Sitzung

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Wegewitz begrüßt die Ausschussmitglieder, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung sowie die interessierten Bürgerinnen und Bürger zur 15. öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, die aufgrund der Auswirkungen aus der Corona-Pandemie als Videositzung stattfindet. Die Erforderlichkeit zu einer Videokonferenz folgt aus einer 7-Tage-Inzidenz von über 100 in den letzten drei Tagen.

zu 2 Feststellung der Anwesenheit sowie der ordnungsgemäßen Ladung / Entscheidung über eventuelle Einwendungen gegen die Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung vom 30.09.2020, 18.11.2020 und 13.01.2021 / Feststellung der öffentlichen Tagesordnung

Der Ausschussvorsitzende Herr Dr. Wegewitz stellt die ordnungsgemäße Ladung sowie die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Zu Beginn der Sitzung sind 9 von 9 Mitgliedern anwesend.

Herr Dr. Wegewitz eröffnet den öffentlichen Teil der Sitzung.

Die Niederschrift der 12. Sitzung des Ausschusses für Finanzen vom 30.09.2020 liegt noch nicht vor.

Die Niederschrift der 13. Sitzung vom 18.11.2020 liegt zum Zeitpunkt der Sitzung noch nicht allen Ausschussmitgliedern vor.

Zur Niederschrift der 15. Sitzung des Ausschusses für Finanzen vom 13.01.2021 bestehen keine Anmerkungen.

Die Ausschussmitglieder bestätigen die Tagesordnung des öffentlichen Teils.

zu 3 Information zur Haushaltslage der Landeshauptstadt Potsdam

Der Ausschussvorsitzende eröffnet den Tagesordnungspunkt und bittet Herrn Exner um seine Ausführungen zur Haushaltslage der Stadt Potsdam.

Herr Exner erläutert die Zweiteilung der Themen zur Haushaltslage und leitet zum Tagesordnungspunkt 3.1 über.

zu 3.1 Ankündigung einer BV: Jahresabschlussbeschleunigungsgesetz des Landes: Anwendung auf die Jahresabschlüsse 2018 und 2019 der Landeshauptstadt Potsdam

Herr Schmidt, Leiter des Fachbereichs 11 – Rechnungswesen und Steuern informiert die Ausschussmitglieder über die Vorbereitung einer Beschlussvorlage in Umsetzung für die Jahresabschlüsse 2018 und 2019.

Herr Exner und Herr Schmidt möchten mit der Information für die sofortige

Beschlussfassung in der StVV am 05.05.2021 werden.

Herr Exner führt aus, dass sich der Innenausschuss des Brandenburgischen Landtags ebenso wie der Städte- und Gemeindebund mit der Thematik beschäftigen und nach den Ursachen für die Problematik suchen. Als Gründe werden unflexible Vorschriften und die Komplexität des Themas genannt.

Herr Wobeto hat drei Anmerkungen. Erstens sei das System zu kompliziert und gilt es zu vereinfachen. Zweitens können durch die Vereinfachung des Jahresabschlusses nicht bedeutende Bestandteile wie der Forderungsspiegel, der Stand zu den Schulden und zur Ertragslage des Konzerns Potsdam weggelassen werden. Abschließend spricht Herr Wobeto die relativ komplizierte Umstellung zur Doppik an.

Herr Exner antwortet, dass zum Beispiel der Schuldenbericht schon immer Teil des Vorberichts des Jahresabschlusses ist.

Herr Wobeto betont, dass mit „Konzern Potsdam“ nicht nur die Stadt Potsdam, sondern die Stadt Potsdam inklusive aller verbundenen Unternehmen gemeint sei.

Frau Dr. Günther hat eine weitere Anmerkung zur Thematik. Sie versteht es als Personal- und Kompetenzmangel, den Rückstand der Jahresabschlüsse nicht ohne die Anwendung der Jahresabschlussbeschleunigung aufholen zu können. Herr Schmidt antwortet daraufhin, dass es lediglich ein Personalmangel ist. Seit längerer Zeit können Stellen nicht mehr nachbesetzt werden. Langzeitkranke und Erziehende werden im Laufe des Jahres wieder im Beruf erwartet.

In Antwort auf Herrn Wobeto führt Herr Schmidt folgendes aus. Dem Fachbereich ist bewusst, dass die Vereinfachung des Jahresabschlusses zu Lasten der Tiefe geht. Allerdings wird lediglich der Einzelabschluss der Stadt Potsdam in vereinfachter Form erstellt. Der Konzernabschluss wird die verbundenen Unternehmen berücksichtigen. Hierzu findet bereits eine Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt statt.

zu 3.2 Rahmenbedingungen zur Haushaltsaufstellung 2022

Herr Exner erläutert im zweiten Teil zur Haushaltslage die Rahmenbedingungen zur Haushaltsaufstellung 2022. Herr Dr. Wegewitz dankt für die Präsentation, die bereits in der Klausurtagung am vorigen Freitag den Fraktionen zur Verfügung stand. Das Ziel ist die Mittelfristplanung durchzutragen.

Herr Anger hat drei Anmerkungen zur Präsentation von Herrn Exner. Der erste Punkt betrifft ein Zitat von Herrn Exner aus dem Jahr 2020. Eine Verabschiedung eines Haushalts bei einer Verschuldung von über 2000€ pro Einwohner sei schwierig. Zweitens habe die BRD die höchste Neuverschuldung seit Gründung beschlossen. Der letzte Punkt betrifft noch kommende Insolvenzen.

Herr Anger ergänzt, dass der Haushalt für 2022 unter diesen Rahmenbedingungen sehr vorsichtig geplant werden sollte, um das Minus, bzw. die Neuverschuldung so klein wie möglich zu halten.

Frau Dr. Günther fragt Herrn Exner, welche strategischen Steuerungsmöglichkeiten die Stadtverordneten haben, um bestmöglich auf die bevorstehenden Herausforderungen in der Haushaltsplanung reagieren zu können.

Frau Bartelt erweitert die Frage, in welchem Rahmen die freiwilligen Leistungen ausfallen könnten.

Herr Wobeto möchte erfahren, was die Stadt gegen den Verlust aus der

negativen Entwicklung des Finanzausgleichs tun wird.

Herr Exner erläutert, dass für die Haushaltsplanung 2022 ein ausbalanciertes System herzustellen ist. Die Stadt hat 194 Millionen Euro an Rücklagen, die ursprünglich für Investitionen gedacht sind. Allerdings sollte die Stadt die Rücklagen eher zum Ausgleich der Steuerverluste der künftigen Jahre nutzen. Die Auswertung der Auswirkungen des Finanzausgleichs haben gezeigt, dass nicht nur die kreisfreien Städte, sondern alle Städte mit mehr als 35000 Einwohnern überproportional am negativen Effekt teilhaben.

Auf die Fragen von Frau Dr. Günther und Frau Bartelt antwortet Herr Exner, dass es freiwillige Konsolidierungsprogramme und eine Aufgabenkritik geben wird. Das Ziel wird sein, die Einschnitte in den freiwilligen Leistungen gezielt vorzunehmen. Des Weiteren ermöglicht ein Doppelhaushalt 2023/24 eine strategische Planung und Vorgehensweise.

Herr Dr. Wegewitz schließt den Tagesordnungspunkt.

zu 4 Überweisungen aus der Stadtverordnetenversammlung

zu 4.1 Aufstockung der Bearbeitungskapazitäten für Bebauungspläne

Vorlage: 20/SVV/1282

Fraktion CDU

Herr Dr. Wegewitz eröffnet den Tagesordnungspunkt und erläutert, dass die Stellungnahme des Geschäftsbereichs 4 – Stadtentwicklung, Bauen, Wirtschaft und Umwelt – zur Vorlage den Ausschussmitgliedern bereits im Vorfeld zur Verfügung stand. Zur Stellungnahme gibt es von den Ausschussmitgliedern keine Anmerkungen.

Herr Anger überlegt, den Antrag der Vorlage zurückzustellen.

Es schließt sich eine kurze Diskussion unter den Ausschussmitgliedern unter dem Aspekt an, dass die Vorlage schon Monate im Geschäftsgang ist, an. Im Ergebnis wird die Abstimmung der Vorlage empfohlen.

Herr Anger stellt den Antrag auf Zurückstellung der Drucksache.

Der Antrag auf Zurückstellung der Drucksache wird von den Ausschussmitgliedern mehrheitlich abgelehnt.

Herr Dr. Wegewitz stellt damit den Antrag zur Abstimmung.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Oberbürgermeister wird beauftragt im Rahmen der kommunalen Planungshoheit die Kapazität für die Bearbeitung der Bebauungspläne von derzeit 40 auf 55 Bebauungspläne in Priorität 1 aufzustocken und dies im nächsten Doppelhaushalt entsprechend abzusichern.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung: 0

Ablehnung: 8

Stimmenthaltung: 1

zu 4.2 Prüfauftrag Gelbe Tonne PLUS (Wertstofftonne)

Vorlage: 21/SVV/0075

Oberbürgermeister, Fachbereich Ordnung, Sicherheit und Gesundheit

Herr Dr. Wegewitz eröffnet den Tagesordnungspunkt und bittet Frau Grochowski

vom Fachbereich 32 – Ordnung und Sicherheit – um Stellungnahme aus der Verwaltung.

Frau Grochowski sieht die Gelbe Tonne Plus als interessante zusätzliche Aufgabe für die Stadt Potsdam, wobei die Stadt Potsdam nicht alleiniger Handelnder bei der Ein- und Durchführung ist. Mehr Abfälle besser und ressourcenschonender zu entsorgen, entspricht auch der aktuellen Gesetzeslage. Aus der Einführung einer Gelben Tonne Plus würde eine Kostenerhöhung für die Einwohner der Stadt zwingend folgen. Noch sei nicht nachvollziehbar, inwiefern die Gelbe Tonne Plus wirklich zu einer besseren und effizienteren Müllentsorgung führt. Die Verwaltung hält eine Kostensteigerung von 2,20 bis 3,00 € pro Jahr und Einwohner für möglich.

Herr Dr. Wegewitz fragt Frau Grochowski, wie die Erfahrungswerte aus anderen Städten sind, die bereits die Gelbe Tonne Plus eingeführt haben. Unter Umständen sei die Kostensteigerung durch die Mengeneffekte gar nicht so groß. Herr Dörschel erläutert, es müssten Vertragsverhandlungen mit dem Dualen System Deutschlands begonnen werden und fragt, ob dafür ein klares Votum der Verwaltung notwendig ist.

Frau Grochowski wiederholt, dass den Stadtverordneten klar sein muss, dass Kostensteigerungen im Fall der Einführung einer Gelben Tonne Plus kommen werden. Unklar für die Verwaltung ist, welcher Anteil der Bevölkerung in welcher Konsequenz den Müll richtig entsorgt. Erfahrungen aus anderen Städten können helfen. Das bliebe jedoch noch abzuwarten. Gegenwärtig sieht Frau Grochowski die Gelbe Tonne Plus als sehr kritisch, da Kapazitätsfragen mit dem Dualen System Deutschlands schwierig zu klären sind.

Herr Dörschel fragt nochmal nach, ob wirklich ein Verhandlungsauftrag der Stadtverordneten benötigt wird.

Frau Grochowski stimmt zu und ergänzt, dass es mit dem Dualen System Deutschland bisher keine Verhandlungen zur Gelben Tonne Plus gegeben habe, sondern lediglich zu Leichtverpackungen.

Frau Dr. Günther fragt in die Runde, wie trotz der Einführung einer Gelben Tonne Plus die Müllgebühren gesenkt werden könnten.

Herr Kaminski äußert an Herrn Dörschel gerichtet, dass man eher gegenüber den Bürgern kommunizieren sollte, welche Möglichkeiten zur Wertstoffentsorgung es bereits gibt. Als Beispiel bringt Herr Kaminski Lastenfahrräder.

Herr Dr. Wegewitz schließt den Tagesordnungspunkt.

Die Stadtverordnetenversammlung nimmt zur Kenntnis:

Mit Beschluss 19/SVV/0039 wurde der Oberbürgermeister beauftragt zu prüfen, ob und gegebenenfalls wann in Potsdam die Gelbe Tonne durch eine Gelbe Tonne PLUS (Wertstofftonne) ersetzt werden sollte.

1. Wer wäre für die Stadt Potsdam Verhandlungspartner für die Einführung einer Gelben Tonne PLUS im Stadtgebiet?

Verhandlungspartner für die Einführung einer Gelben Tonne PLUS (Wertstofftonne) sind die Dualen Systeme.

Gemäß § 14 Abs. 1 Verpackungsgesetz (VerpackG) sind die Dualen Systeme verpflichtet eine vom gemischten Siedlungsabfall getrennte, flächendeckende und unentgeltliche Sammlung aller restentleerten Verpackungen (PPK, Glas, Leichtverpackungen) bei den privaten Endverbrauchern in ausreichender Weise einzurichten. Die Sammelsysteme sind nach § 22 VerpackG mit dem öffentlich-

rechtlichen Entsorgungsträger (örE) abzustimmen. Die Landeshauptstadt Potsdam ist örE gemäß Brandenburgisches Abfall- und Bodenschutzgesetz.

Nach § 22 Abs. 5 VerpackG besteht bereits die Möglichkeit, das System der haushaltsnahen Sammlung von Verpackungsabfällen über die Dualen Systeme (Gelbe Tonne als gewerbliches Rücknahmesystem außerhalb der kommunalen Abfallentsorgung), für die Sammlung von stoffgleichen Nichtverpackungen durch die Kommune mit zu nutzen. Der örE hat sich dazu mit den Dualen System abzustimmen und eine Vereinbarung über die Kostenbeteiligung zu treffen.

2. Wann läuft der Vertrag über die Sammlung der Verpackungsabfälle in der gelben Tonne in der Stadt Potsdam aus?

Bei der Sammlung von Leichtverpackungen (LVP) über die Gelbe Tonne handelt es sich um ein gewerbliches Rücknahmesystem, welches außerhalb der kommunalen Abfallentsorgung betrieben wird. **Die Stadt Potsdam ist insofern nicht Vertragshalter der Sammlung.**

Die Sammlung von Verkaufsverpackungen über die Gelbe Tonne wird regelmäßig in einem Drei-Jahres-Rhythmus ausgeschrieben. Der Ausschreibungsführer wird durch die Dualen Systeme (derzeit insgesamt 10 Duale Systeme) aus deren Reihen bestimmt. Aktueller Vertragspartner für die Sammlung der LVP ist die Stadtentsorgung Potsdam GmbH (STEP).

Vor Ausschreibung der Sammelleistung wird das jeweilige Sammelsystem in einer Systemfestlegung festgehalten und mit dem örE abgestimmt.

3. Bis wann müsste eine Neuausschreibung der Sammlung der Potsdamer Verpackungsabfälle in der gelben Tonne oder ggf. stattdessen von Verpackungen und von stoffgleichen Nichtverpackungen aus Kunststoff und Metall in einer Gelben Tonne PLUS ausgeschrieben werden, um rechtzeitig einen entsprechenden Anschlussvertrag abschließen zu können?

Die Laufzeit des derzeit bestehenden Sammlungsvertrages zwischen den Dualen Systemen und der STEP, als Gewinner der Ausschreibung, umfasst den Zeitraum 01.01.2019 bis 31.12.2021.

Die Neuausschreibung für den Zeitraum 01.01.2022 bis 31.12.2024 beginnt durch die Dualen Systeme voraussichtlich im Frühjahr 2021. Bis dahin muss die entsprechende Systemfestlegung LVP zwischen dem örE und den Dualen Systemen abgestimmt sein.

4. Bis wann müsste eine Einigung mit dem Verhandlungspartner bei den Dualen Systemen erfolgen, um diese Neuausschreibung in Form einer Sammlung in einer Gelben Tonne PLUS durchführen zu können?

Durch das geänderte Verpackungsgesetz, welches zum 01.01.2019 in Kraft getreten ist, gab es einige wesentliche Änderungen in der Zusammenarbeit der örE mit den Dualen Systemen. Insbesondere ist der Abstimmungsaufwand erheblich gestiegen, da auch um die Mitbenutzungs-entgelte für die gemeinsame PPK-Sammlung gerungen wird. Auch die kommunalen Spitzenverbände haben sich für eine Umsetzung eingesetzt und verschiedene Kompromisslösungen auf den Weg gebracht.

Die Abstimmungsvereinbarung zwischen den Dualen Systemen und dem örE der

Stadt Potsdam ab dem Jahr 2022 muss abschließend im Jahr 2021 verhandelt werden. Im Rahmen dieser Abstimmungsvereinbarung sind nicht nur die Festlegungen der Sammelsysteme für die LVP,- PPK- und Glassammlung abzustimmen, sondern auch die Mitbenutzungsentgelte der Dualen Systeme für die gemeinsame Erfassung von Verpackungen aus PPK. Eine Mitbenutzung der Gelben Tonne für die Sammlung stoffgleicher Nichtverpackungen muss in diesem Rahmen ebenfalls abgestimmt werden und eine Einigung dazu vor Ausschreibung der LVP-Sammelleistung erfolgt sein.

Die bisherigen Verhandlungen zur Abstimmung der Jahre 2020/2021 haben gezeigt, dass es sich um ein zeitaufwändiges Verfahren handelt, in dem alle bestehenden Interessen mit dem Verhandlungsführer der Dualen Systeme abzuwägen sind. Im Ergebnis ist dann zu deren Wirksamkeit eine 2/3 Mehrheit aller Dualen Systeme für eine endgültige Abstimmung zu erreichen.

Von daher ist eine Einigung zur Gelben Tonne PLUS (Wertstofftonne) bis zum Frühjahr 2021 für den kommenden Ausschreibungszeitraum 2022 bis 2024 aus Sicht der Verwaltung als nicht realistisch einzuschätzen, zumal ein vorheriger Beschluss der Politik erforderlich ist. Insofern würde bei Vorliegen eines entsprechenden politischen Votums die Einführung einer Wertstofftonne erst ab dem Zeitraum 2025 sicher umsetzbar sein. Dazu wären dann auch die entsprechenden Vorlaufzeiten zur Abstimmung gewährleistet.

5. Was wären aus Sicht der Stadt Potsdam die Voraussetzungen für den erfolgreichen Abschluss solcher Verhandlungen?

Für die Einführung einer Gelben Tonne PLUS (Wertstofftonne) bedarf es aus Sicht der Verwaltung zunächst eines Beschlusses durch die Stadtverordnetenversammlung, da diese mit Kostensteigerungen für die Abfallentsorgungsleistungen in Zusammenhang steht, die sich zukünftig gebührenerhöhend auswirken.

Gemäß § 22 Verpackungsgesetz haben die Dualen Systeme und die öRE die Sammelsysteme für Verkaufsverpackungen in dem jeweiligen Entsorgungsgebiet miteinander abzustimmen. Dazu ist eine entsprechende Abstimmungsvereinbarung zu schließen. Diese Abstimmungsvereinbarung beinhaltet u.a. die Systemfestlegung LVP und bei Mitbenutzung des Sammelsystems Gelbe Tonne für stoffgleiche Nichtverpackungen (=Gelbe Tonne PLUS - Wertstofftonne) eine Einigung über die Kostenbeteiligung der Mitbenutzung durch den öRE.

6. Was wären aus Sicht der Stadt Potsdam die Vor- und die Nachteile der Einführung einer Gelben Tonne PLUS in Potsdam?

Aus Sicht der LHP bestehen für die Einführung einer Gelben Tonne PLUS (Wertstofftonne) folgende Vor- und Nachteile:

Vorteile:

- Vereinfachung der Sammlung für den Bürger, da keine Unterscheidung mehr zwischen Verpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen
- Erschließung zusätzlicher Wertstoffpotentiale aus dem Restabfall
- Ressourcenschonung, da stoffgleiche Abfälle im Kreislauf verbleiben und recycelt werden können

Nachteile:

- Kostenbeteiligung an den Sammelkosten für stoffgleiche Nichtverpackungen wird zur Erhöhung der Abfallgebühren führen
- Reduzierung der Restabfallmengen wird, wenn überhaupt, erst mittelfristig erfolgen

Um zusätzlich zu den aufgeworfenen Fragen aus der Stadtverordnetenversammlung eine weitere Bewertung vornehmen zu können, wurde seitens der Stadt die Leistung zur Sortierung des Sammelgemisches in der Gelben Tonne ausgeschrieben und beauftragt. Coronabedingt konnte diese Leistung leider erst im Sommer 2020 durchgeführt werden. Die Ergebnisse werden nachfolgend dargestellt.

7. Ergebnisse der LVP-Sortierung

Das über die Gelbe Tonne erfasste LVP-Sammelgemisch stieg in den Jahren 2011 bis 2016 sukzessive an und liegt seitdem relativ konstant bei einer spezifischen Sammelmenge von durchschnittlich 33,5 kg je Einwohner und Jahr.

Zur Abschätzung der Zusammensetzung der Inhalte der Gelben Tonne wurde im Sommer 2020 eine Sortierung des LVP-Sammelgemisches in den drei Gebietsstrukturen Großwohnanlagen, Mehrfamilienhäuser sowie Ein- und Zweifamilienhäusern veranlasst. Insgesamt wurde eine repräsentative Stichprobe von 24 Kubikmetern untersucht.

Die Resultate dieser Analyse sollten gemeinsam mit den Ergebnissen der Resthausmüllsortieranalyse 2018/2019 Daten zu noch vorhandenen Wertstoffpotentialen hinsichtlich LVP und stoffgleichen Nichtverpackungen liefern. Im Ergebnis der Analyse ist festzustellen, dass über die Gelbe Tonne derzeit 33,6 Kilogramm Abfälle je Einwohner und Jahr gesammelt werden. Davon entfallen auf:

Ergebnisse der LVP-Sortieranalyse 2020			
Fraktion	Spez. Menge	Gesamtmenge	A
LVP-Verpackungen Kunststoff-, Metall-, Verbundverpackungen	18,4 kg/EWxa	3.310 t/a	55
Nichtverpackungen Sonstige Kunststoffe, Metalle, Verbunde	6,2 kg/EWxa	1.105 t/a	18
Störstoffe Glas, PPK, Druckerzeugnisse, Bio-/Restabfälle	9,0 kg/EWxa	1.607 t/a	26
Gesamt	33,6 kg/EWxa	6.022 t/a	100

Bezogen auf das gesamte Entsorgungsgebiet der Stadt Potsdam besteht das gesamte LVP-Sammelgemisch in Höhe von 33,6 kg/EWxa zu 55% aus Verpackungen und zu 45% aus Fehlwürfen, wobei davon 18,3 % allein auf stoffgleiche Nichtverpackungen entfallen. Dahinter folgen Restabfälle (11,1%), Wertstoffe (9,5%) und Bioabfälle (6,1%). Innerhalb der einzelnen Gebietsstrukturen zeigen sich hier deutliche Unterschiede. So sind die Störstoffquoten in der Gelben Tonne in den Gebieten Großwohnanlagen und 1-2-Familienhäuser am größten.

Betrachtet man die Potentiale an Verpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen und deren Verteilung auf die Systeme „Gelbe Tonne“ und

„Restabfalltonne (schwarz)“ so zeigt sich folgendes Bild:

LHP gesamt	LVP-Verpackungen				
	Verpackungen aus ...	Anteil Restabfall (Schwarze Tonne)	Anteil LVP (Gelbe Tonne)	Gesamtpotential	Getrennerfassungsq
	Restabfallanalyse 2018/19	LVP-Analyse 2020			
Kunststoff	7,7 kg/EWxa	14,1 kg/EWxa	21,8 kg/EWxa	64	
Metall	1,9 kg/EWxa	2,6 kg/EWxa	4,5 kg/EWxa	57	
Verbunde	1,7 kg/EWxa	1,7 kg/EWxa	3,4 kg/EWxa	50	
Gesamt	11,3 kg/EWxa	18,4 kg/EWxa	29,7 kg/EWxa	62	

Im Ergebnis sind von den im schwarzen Restabfallbehälter noch vorhandenen Leichtverpackungen laut Gutachter mittelfristig ca. 4 kg/EWxa realistisch abschöpfbar, so dass sich dadurch bei gutem Trennverhalten die Getrennerfassungsquote auf ca. 75% steigern ließe. Im Ergebnis könnte diese Reduzierung eine Einsparung im Restabfall zwischen 700 und 750 Tonnen pro Jahr ergeben.

Das System der Getrennsammlung von LVP über die Gelbe Tonne ist bereits seit dem Jahr 1991 (davon seit 2004 haushaltsnah) in der Stadt Potsdam etabliert, und trotzdem verbleiben bisher noch 38% dieser Verpackungen im Restabfall. Die bisherigen Erfahrungen zeigen, dass es sehr schwierig ist, eine optimale Trennung in den Haushalten zu erreichen, da die Bereitschaft dazu in der Bevölkerung unterschiedlich stark ausgeprägt ist. Hier kann nur über eine gezielte Öffentlichkeitsarbeit und Abfallberatung weiterhin eine verstärkte Aufklärung betrieben werden. Einen wichtigen Baustein stellt dabei das seit dem Jahr 2018 intensiv aufgebaute Umweltbildungsangebot des öRE dar, welches seitens der Schulen und Kitas auf breite Zustimmung stößt, jedoch leider coronabedingt in diesem Jahr stark zurückgefahren werden musste.

Für die stoffgleichen Nichtverpackungen stellen sich die vorhandenen Potenziale folgendermaßen dar:

LHP gesamt	Stoffgleiche Nichtverpackungen				
	Sonstige Abfälle aus ...	Anteil Restabfall (Schwarze Tonne)	Anteil LVP (Gelbe Tonne)	Gesamtpotential	Getrennerfassungsq
	Restabfallanalyse 2018/19	LVP-Analyse 2020			
Kunststoff	6,2 kg/EWxa	4,8 kg/EWxa	11,0 kg/EWxa	43	
Metall	1,2 kg/EWxa	0,3 kg/EWxa	1,5 kg/EWxa	20	
Verbunde	0,3 kg/EWxa	1,1 kg/EWxa	1,4 kg/EWxa	78	
Gesamt	7,7 kg/EWxa	6,2 kg/EWxa	29,7 kg/EWxa	44	

Bei den stoffgleichen Nichtverpackungen stellt der Gutachter eine mittelfristig maximal mögliche Reduzierung bei gemeinsamer Sammlung in einer Wertstofftonne in Höhe von maximal 4 kg/EWxa in Aussicht, was einer Getrennerfassungsquote von ca. 73 % entsprechen würde. In Folge entspräche dies ebenfalls einer Einsparung im Restabfall von 700 bis 750 Tonnen pro Jahr.

In Summe könnten durch eine konsequente Verbesserung des Trennverhalten der Potsdamer Bürgerschaft mittelfristig bis zu 1.500 t/a Wertstoffe aus LVP und stoffgleichen Nichtverpackungen dem Restabfall entzogen werden. Die Hälfte davon (700 – 750 t) entfielen auf stoffgleiche Nichtverpackungen, sofern eine gemeinsame Sammlung in einer Gelben Tonne PLUS (Wertstofftonne) mit den

Dualen Systemen vereinbart wird.

8. Kostenprognose für die Gelbe Tonne PLUS (Wertstofftonne)

Wie bereits unter 7. ausgeführt befindet sich bereits jetzt ein großer Anteil stoffgleicher Nichtverpackungen in der Gelben Tonne, für den bisher kein Mitbenutzungsentgelt seitens der Stadt Potsdam beglichen wird. Bei Einführung einer Gelben Tonne PLUS (Wertstofftonne) würden diese Anteile zukünftig einer Kostenbeteiligung unterzogen werden. Auch müsste sich die Stadt wohl anteilig an der Entsorgung der Störstoffe beteiligen.

Da ein Mitbenutzungsentgelt bisher kein Bestandteil der Verhandlungen mit den Dualen Systemen war, liegen zur voraussichtlichen Entgelthöhe keine verbindlichen Angaben vor. Daher wird eine Kostenschätzung vorgenommen.

Gemäß Ausführungen im EUWID Recycling und Entsorgung 37.2020 dürfte das Verpackungsrecycling im nächsten Jahr deutlich teurer werden. So wird sowohl mit steigenden Sammelkosten als auch mit deutlich steigenden Sortierkosten gerechnet. Für letztere wird eine Steigerung auf 180 bis weit über 200 €/t erwartet. Ein Grund für den Kostenschub bei Sortierung und Verwertung ist gemäß EUWID die oft desolante Lage beim Kunststoffrecycling.

Die vorliegende Kostenschätzung geht daher zunächst von **Sammel- und Sortierkosten in Höhe von insgesamt 350 €/t** aus. Im Ergebnis würden sich unter Berücksichtigung einer spezifischen Sammelmenge von 33,5 kg/EW_xa und einer Einwohnerzahl von 182.000 Gesamtkosten in Höhe von 2,13 Mio € pro Jahr ergeben.

Je nach verhandeltem Anteil der stoffgleichen Nichtverpackungen im LVP-Sammelgemisch (18 bis 25%) ergäben sich aus der Einführung einer Gelben Tonne PLUS (Wertstofftonne) überschlägig **zusätzliche Kosten für die Abfallentsorgung in Höhe von 400 T€ bis 541 T€ pro Jahr**. Umgerechnet auf die derzeitige Grundgebühr, würde dies eine **Gebührensteigerung der Abfallgrundgebühr um 2,20 bis 3 € je Einwohner und Jahr** bedeuten.

Inwieweit mit der Einführung einer Gelben Tonne PLUS (Wertstofftonne) tatsächliche Einsparungen bei der Restabfallsammlung und -entsorgung erreicht werden können, hängt sehr stark von der Mitwirkung der Potsdamer Bevölkerung ab. Insofern kann zu möglichen Einsparungen im Bereich der Restabfälle vorerst noch keine Prognose abgegeben werden.

9. Votum der Verwaltung

Aus abfallwirtschaftlicher sowie umwelt- und klimapolitischer Sicht ist die gemeinsame Sammlung von Leichtverpackungen und stoffgleichen Nichtverpackungen in einer Gelben Tonne PLUS (Wertstofftonne) zu begrüßen. Dadurch können Stoffkreisläufe geschlossen und natürliche Ressourcen geschont werden. Die Abfalltrennung für die Potsdamer Bürgerinnen und Bürger wird durch die gemeinsame Sammlung in einem Abfallbehälter stark vereinfacht und motiviert zur besseren Getrenntsammlung aller Abfallfraktionen.

Die abschließende Entscheidung zur Einführung der Gelben Tonne PLUS (Wertstofftonne) obliegt der Stadtverordnetenversammlung.

Die Einführung einer Gelben Tonne PLUS (Wertstofftonne) in der Stadt Potsdam ist jedoch auf jeden Fall mit einem Gebührenanstieg verbunden.

zu 4.3 Finanzierungvereinbarung zwischen LHP und ViP

Vorlage: 21/SVV/0080

Fraktion AfD

Herr Dr. Wegewitz eröffnet den Tagesordnungspunkt und erläutert, dass der Rechnungsprüfungsausschuss den Tagesordnungspunkt bereits als erledigt erklärt hat.

Herr Wobeto führt aus, dass die Drucksache einen haushaltsrechtlichen Auftrag beschreibt. Begriffsdefinitionen sind aus der Kameralistik in die Doppik übernommen worden.

Frau Hofmann vom Rechnungsprüfungsamt hat sich den Sachverhalt bereits angeschaut. Die Haushaltsermächtigungen sind geplant, bestätigt und stehen zur Verfügung, weil es zweckgebundene Maßnahmen sind. Die Prüfung des Haushalts ist originäre Aufgabe des Rechnungsprüfungsamts und daher bereits Teil aktueller Prozesse.

Der Ausschussvorsitzende stellt die Drucksache zur Abstimmung.
Der Ausschussmitglieder lehnen die Vorlage mehrheitlich ab.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:	1
Ablehnung:	7
Stimmenthaltung:	1

zu 5 Mitteilungen der Verwaltung

Mitteilungen aus der Verwaltung liegen nicht vor.

Herr Dr. Wegewitz schließt den Tagesordnungspunkt und beendet den öffentlichen Teil der Sitzung.